

## **Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wittingen in der Ortschaft Ohrdorf - Scoping**

---

### **Planungsstand:**

#### **Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 i.V.m. § 2 Abs. 4 BauGB**

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom **17.07.2014** von der Planungsabsicht der Stadt unterrichtet. Sie wurden aufgefordert, sich bis zum **11.08.2014** sich im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB zu äußern. Die abgegebenen Stellungnahmen werden nachfolgend inhaltlich wiedergegeben. Die Stadt hat nunmehr zu prüfen und zu entscheiden, welchen Umfang sowie Detaillierungsgrad sie für den aktuellen Geltungsbereich als erforderlich ansieht (**Scoping**).

#### **1. TenneT TSO GmbH - vom 21.07.2014**

Die Planung berührt keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt.

Zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand bitten wir Sie, uns an diesem Verfahren nicht weiter zu beteiligen.

#### **Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

#### **2. LGLN, Regionaldirektion Hannover - vom 21.07.2014**

Sie haben im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens oder einer vergleichbaren Planung das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hannover (Dezernat 6 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Anlage; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung.

#### **Stellungnahme:**

Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.

Bei Aufstellung der 15. F-Planänderung im Jahre 2006 war seinerzeit durch die Zentrale Polizeidirektion folgende Stellungnahme abgegeben worden:

**Ohrdorf**

Es sind nur Luftbilder im Maßstab 1: 40.000 verfügbar. Im Planungsbereich sind keine Bombenrichter erkennbar. Über eine Teilfläche kann keine Aussage getroffen werden, da der Bereich damals bewaldet war (siehe Vermerk Kartenunterlage).

Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt.

**Anmerkung:**

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.  
Es bedarf keiner Entscheidung.

**3. RWE Dea AG - vom 21.07.2014**

Vielen Dank für die Beteiligung an der Planung.

Die Überprüfung hat ergeben, dass RWE Dea - Belange nicht betroffen sind.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**4. Samtgemeinde Hankensbüttel – vom 22.07.2014**

Gegen die 29. F-Plan Änderung der Stadt Wittingen bestehen seitens der Samtgemeinde Hankensbüttel keine Bedenken.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**5. AVACON AG – vom 23.07.2014**

Ihre Planung berührt keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt.

Zu Vermeidung von Verwaltungsaufwand bitten wir Sie, uns an diesem Verfahren nicht weiter zu beteiligen.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**6. Wasserverband Gifhorn - vom 23.07.2014****Stellungnahme****Anregungen/Bedenken**

-Keine -

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**7. OHE –vom 23.07.2014**

Die uns mit Schreiben vom 17. Juli 2014 übersandte Bauleitplanung der Stadt Wittingen zum o.a. Vorhaben haben wir aus eisenbahntechnischer Sicht bearbeitet und geprüft.

Bedenken unsererseits bestehen gegen die Planungen der Gemeinde nicht.

Vorsorglicher Hinweis:

Die F-Planänderung ist in Nähe zu unserer stillgelegten, jedoch nicht zurückgebauten und nicht entwickelten Eisenbahninfrastruktur der ehem. Strecke Wittingen – Rühen geplant. Daher wird hier nur vorsorglich auf die Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22.12.2004 (BGBl. I S. 3704), hingewiesen. Eine Haftung für Schäden durch Erschütterungen, Lärm, Luftverunreinigungen usw., die durch den Bahnbetrieb entstehen können, übernehmen wir nicht.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**8. GDF SUEZ E & P - vom 28.07.2014**

Zuständigkeitshalber hat die Hannoversche Erdölleitung GmbH (HEG) Ihr Schreiben vom 17.07.2014 an uns weitergeleitet.

Eine Überprüfung des Sachverhaltes ergab, dass im Bereich der geplanten Baumaßnahme keine technischen Anlagen der HEG.

Wir bedanken wir uns für die Beteiligung in dieser Angelegenheit.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**9. Landwirtschaftskammer Niedersachsen – vom 29.07.2014**

Nach Durchsicht der Unterlagen nehmen wir zu dem Vorhaben aus Sicht der von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zu vertretenden öffentlichen und fachlichen Belange wie folgt Stellung:

Ziel der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wittingen, die Ortschaft Ohrdorf betreffend, ist die Änderung der bisherigen Darstellung „Sonderbaufläche-Bioenergie“ in „Sonderbaufläche für Bioenergie und Masttierhaltung“ um die planungsrechtlichen Möglichkeiten für eine Erweiterung der Masthähnchenhaltung zu schaffen.

Die Änderung der bisherigen Darstellung hat direkt keinen Einfluss auf eine geänderte Immissionssituation am Vorhabenstandort – immissionsschutzrechtliche Belange im Rahmen der Erweiterung der Masthähnchenhaltung sind auf Ebene der baurechtlichen bzw. bundesimmissionsschutzrechtlichen Antragstellung abzuarbeiten. Wir weisen bzgl. einer Umweltprüfung hier auf die Stellungnahme vom 02.11.2006 unseres Forstamtes Südostheide zur 15. Änderung des Flächennutzungsplanes hin.

Bei entsprechender Beachtung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Änderung der Darstellung im Rahmen des 29. Flächennutzungsplanes der Stadt Wittingen.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**10. Samtgemeinde Brome - vom 30.07.2014**

Zu den oben bezeichneten Verfahren und zum Umfang und zum Detailierungsgrad der Umweltprüfung zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wittingen im Ortsteil Ohrdorf teile ich Ihnen mit, dass seitens der Samtgemeinde Brome keine Anregungen gemacht werden, da die von der Samtgemeinde Brome zu vertretenden Belange nicht berührt werden.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

### **11. LSW Netz GmbH - vom 30.07.2014**

Gegen die oben genannte Flächennutzungsplanänderung bestehen aus Sicht unserer Gesellschaft keine Bedenken.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

### **12. ZGB – vom 01.08.2014**

Mit Schreiben vom 17.07.2014 beteiligen Sie den Zweckverband Großraum Braunschweig gemäß § 4 (1) BauGB an der 29. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wittingen. Sie bitten um Nachricht bis zum 11.08.2014. Aufgrund personeller Engpässe bitte ich um Verlängerung dieser Frist um eine Woche bis zum 18.08.2014.

**Anmerkung:**

Bis zum 23.08.2014 lag keine Stellungnahme vor.

Es bedarf keiner Entscheidung.

### **13. Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade - vom 04.08.2014**

Für die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen das Vorhaben zur Nutzung von Biomasse.

Die im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) festgelegten Voraussetzungen sollten ebenso Berücksichtigung finden wie die landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen zum Immissionsschutz und zu den Abstandsregelungen (zum Beispiel GIRL, Abstandserlass NRW).

Gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse sind aus unserer Sicht dringlich zu wahren.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

### **14. Unterhaltungsverband Ohre - vom 06.Aug. 2014**

Gegen die oben genannte Bauleitplanung der Stadt Wittingen bestehen seitens des Unterhaltungsverbandes Ohre keine Bedenken.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

### **15. Industrie. und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg - vom 07.08.2014**

Zunächst bedanken wir uns bei ihnen für Ihr Schreiben vom 17. Juli 2013.

Die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg hat zum derzeitigen Stand der Planung von betroffenen Unternehmen keine weiteren Kenntnisse von Planungsabsichten oder Umständen, die für die Planung bedeutsam sein könnten oder dem Projekt entgegenstehen könnten.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

### **16. Nds. Forstamt Unterlüß – vom 08.08.2014**

Bei einer Erweiterung der bestehenden Stallanlage nach Norden wird es zu Waldumwandlungen und bei Neubau von weiteren Stallanlagen zu zusätzlichen Emissionen mit Beeinträchtigung von Wäldern kommen.

Bei der Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart bitte ich die entsprechende Gesetzeslage einschl. der Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG vom 02.01.2013 zu beachten; ein Ersatz des Waldes innerhalb des Planbereiches erscheint mir damit unwahrscheinlich.

Daneben bitte ich um ein aussagefähiges Gutachten zur Immissionsbelastung der angrenzenden Wälder. Ich habe Ihnen eine **Stellungnahme aus 2011** beigefügt, aus der ersichtlich wird, dass „Beeinträchtigungen“ nicht ausgeschlossen werden können“.

**Landkreis Gifhorn  
z. Hd. Frau Reichstein  
Postfach 1360**

**38516 Gifhorn**

**9.4/74/01-02/4**

**64038-1**

**Genehmigungsverfahren nach dem BImSchV;  
Ohre Hähnchen Bioenergie GmbH & Co.KG, Ohrdorf**

Sehr geehrte Frau Reichstein,

die geplante Anlage soll in unmittelbarer Nähe zu verschiedenen Waldflächen entstehen, die durch die prognostizierten Stickstoffemissionen beeinträchtigt werden können.

Die forstliche Stellungnahme des Büros Dr. Oldendorf schließt u. a. im Fazit mit der Feststellung, dass eine „Beeinträchtigung der Waldflächen aus dem Erweiterungsvorhaben des Betriebs Heinrichs nicht ausgeschlossen werden“ kann. In der weiteren Abwägung wird abgeleitet, dass die Auswirkungen „nicht erheblich“ sein werden.

Aus forstfachlicher Sicht zählen Wälder generell zu den stickstoffempfindlichen Ökosystemen, die auf Veränderungen in langen Zeiträumen reagieren. Deshalb wird im Folgenden eine Anregung begründet und formuliert, um solchen Langzeitschäden vorbeugend zu begegnen.

Aus hiesiger Sicht werden einige Annahmen des Gutachtens zumindest so bewertet, dass durchaus Vermögenseinbussen für die betroffenen Waldbesitzer entstehen können: auf S. 16 führt der Gutachter unter der Überschrift „Nutzfunktion“ selbst einen möglichen Mehraufwand für künftige Kultur- bzw. Verjüngungsmaßnahmen an. Diese können im Rahmen der forstüblichen (geringen) Zinssätze über die Umrtriebszeit (= Erntezeitraum z. B. bei Kiefer 120 Jahre, bei Eiche 180 – 200 Jahre) erhebliche Größenordnungen annehmen. Eine kostensparende Naturverjüngung wäre bei solchen behindernden Vegetationsdecken ausgeschlossen; eine Pflanzung wäre voraussichtlich erforderlich um die Nutz- und Produktionsfunktion nicht zu gefährden.

Um einen Gutachterstreit zu vermeiden und zu verhindern, dass die errechneten Stickstoffeinträge zu vermehrtem Wachstum von Brombeere und Sandrohr führen, auf geeigneten Teilflächen bereits jetzt z. B. einen Buchen-Voranbau durchzuführen um langfristige Schäden an den Wäldern weitestgehend zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage

(Deeken)

**Anmerkung:**

Die **Stellungnahme aus 2011** fehlt, stattdessen liegt der Nachricht das o.a. Schreiben bei!  
Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im weiteren Planverfahren beachtet.

## **17. Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - vom 08.08.2014**

Gegen die o.a. Flächennutzungsplanänderung bestehen aus straßenbau- und verkehrlicher Hinsicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Erschließung der vorhandenen Biogasanlage und der Hähnchenställe erfolgt über einen ca. 3,50 m breiten asphaltierten Weg, der an die L 289 einmündet. Dieser Weg wird auch als Zuwegung zur Raiffeisen Waren GmbH mit öffentlicher Tankstelle genutzt.

Durch die Erweiterung der Mastanlagen und dem damit einhergehenden Mehrverkehr zwischen der Einmündung zur L289 und Raiffeisen Waren GmbH ist ein Begegnungsverkehr nicht möglich. Der Weg ist in diesem Bereich für den Begegnungsverkehr mit mindestens 5,50 m Breite verkehrsgerecht herzustellen

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung habe ich von hier aus nichts vorzubringen.

Einzelheiten werden im weiteren Bebauungsplanverfahren geregelt.

### **Anmerkung:**

Die Ausführungen bezüglich der erforderlichen Fahrbahnbreite für einen störungsfreien Begegnungsverkehr im Bereich der vorhandenen Tankstelle werden zur Kenntnis genommen. Es ist zu prüfen, ob eine Verbreiterung im Interesse der Verkehrssicherheit erforderlich ist.

## **18. KONU – vom 11.08.2014**

Im Namen der nebenstehendgenannten Verbände äußere ich mich zu der Planänderung wie folgt:

Wir haben Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes weil damit ermöglicht werden soll, die bereits an dem Standort vorhandene intensive Masthähnchenhaltung von rd. 150.000 Tieren um rd. 75 % aufzustocken. Demzufolge ist auch mit einer Vervielfachung der Stickstoffemissionen aus dem Betrieb zu rechnen. Die östlich gelegenen Gewässer von Flöße und Ohre wie auch die verstreut darin befindlichen Waldflächen wären von dem verstärkten Stickstoffeintrag betroffen.

Bevor nicht die Umweltverträglichkeit wie auch eine FFH-Verträglichkeit der Auswirkungen dieser Betriebserweiterung nachgewiesen ist, müssen wir die Planänderung ablehnen.

Mit der geplanten Nutzungsänderung wäre ein deutlich erhöhter LKW-An- und Abtransport verbunden, der sich auch auf die Ortschaft Ohrdorf negativ auswirken würde.

Bitte informieren Sie uns über den Fortgang des Verfahrens.

### **Anmerkung:**

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im weiteren Planverfahren beachtet. Es bedarf keiner Entscheidung.

## **19. Landkreis Gifhorn – vom 11.08.2014**

Zu o.g. Planverfahren erhalten Sie folgende Stellungnahmen:

### **Ortsplanung**

Gegen die o.a. Flächennutzungsplanänderung bestehen vorbehaltlich einer abschließenden Prüfung im Genehmigungsverfahren grundsätzlich keine Bedenken.

Da es sich bei dem in der Fläche geplanten Vorhaben nicht mehr um ein Vorhaben handelt, welches planungsrechtlich nach § 35 (1) Nr. 4 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen wäre und gegebenenfalls auch nicht im Sinne des § 35 (2) BauGB genehmigungsfähig sein könnte, empfehle ich die Aufstellung eines Bebauungsplanes. Der Vorteil besteht darin, dass die Zulassung der Anlage durch den Bebauungsplan konkret geregelt werden kann.

Im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung habe ich keine Anregungen. Der Umweltbericht ist gemäß der Anlage 1 zum Baugesetzbuch abzufassen.

Es ist darauf zu achten, dass im weiteren Verfahren die Verfahrens- und Formvorschriften des Baugesetzbuches eingehalten werden.

**Anmerkung:**

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet. Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die Aufstellung eines Bebauungsplanes empfohlen wird. Bei der Antragskonferenz war die Änderung des F-Planes als notwendig angesehen worden (Siehe Vermerk vom 07.10.2013, Frau Schrader). Hierzu ist eine Abstimmung mit der **Ortsplanung** beim Landkreis erforderlich.

**Untere Wasserbehörde**

Keine Anregungen oder besonderen Hinweise.

**Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

**Untere Naturschutz- und Waldbehörde**

Für eine ordnungsgemäße Abwägung und zur Vermeidung von Schäden nach dem Umweltschadensgesetz sind folgende Punkte zu beachten:

- Artenschutzrechtliche Prüfung
- Prüfung auf mögliche Biodiversitätsschäden gem. Umweltschadensgesetz bzw. § 19 BNatSchG
- (Städtebauliche) Eingriffsregelung und ggf. Kompensationsplanung
- Bei Waldumwandlung erfolgt Abwägung gem. § 8 NWaldLG und ggf. Ermittlung von Ersatzmaßnahmen (unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG RdErl. d. ML vom 2.1.2013)
- Untersuchungsraum = geplanter Geltungsbereich des B-Plans plus ca. 250 Meter; ggf. auch größer bei Anhaltspunkten aus der Biotopkartierung oder aus Immissionsgutachten. Im Zweifelsfall, z.B. in Bereichen erhöhter Empfindlichkeit, ist der Untersuchungsraum im Laufe des Verfahrens mit der UNB erneut abstimmen
- Biotoptypenkartierung nach DRACHENFELS, grundsätzlich mit Artenlisten **und** Häufigkeitsangaben, Angaben zu geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG/ § 24 NAGBNatSchG) bzw. FFH-Lebensraumtypen, sowie Angaben zur Roten Liste Nds. bzw. besonders geschützte Arten
- Brutvögel: Arten der Roten Liste, EU-VSRL Anh. I und streng geschützte Arten genau, übrige Arten halbquantitativ in Größenklassen. 4 Begehungen von Ende März bis Juli
- Im Rahmen der Begehungen zur Vogelkartierung werden andere besonders geschützte oder gefährdete Arten, z.B. Reptilien, Amphibien, Tagfalter, Heuschrecken und Libellen (oder Hinweise auf geschützte Arten) miterhoben (Potenzialabschätzung)
- Sollten Fledermausjagdreviere und -quartiere (insbes. Wald, Feuchtgrünland) in Anspruch genommen werden, sind zusätzlich Fledermäuse zu erheben (BAT-Detektor). Ansonsten genügt eine Potenzialabschätzung.
- Das beigelegte Merkblatt ist zu beachten.

**Merkblatt**

**Anforderungen an landschaftsplanerische Leistungen für Bauanträge und BImSchG-Verfahren zu Tierproduktionsanlagen und Biogasanlagen**  
im Landkreis Gifhorn

**Planunterlagen:**

- Landschaftspflegerischer Begleitplan / Fachbeitrag mit Abhandlung von Eingriffsregelung und Kompensationsplanung (immer)
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (immer, kann ggf. in LBP integriert werden)
- Umweltbericht / UVP-Vorprüfung / Umweltverträglichkeitsstudie (ggf.)
- Verträglichkeits(vor-)studie gem. FFH-Richtlinie bzw. EU-VSRL (ggf.)
- Immissionsgutachten (ggf., bei Tierproduktion eigentlich immer)

- Waldgutachten (ggf., ergibt sich aus Lage bzw. Immissionsgutachten)
- Prüfung auf Biodiversitätsschäden gem. Umweltschadengesetz (bei lokaler Häufung und/oder sehr großen Biogasanlagen, Gefahr durch agrarstrukturelle Veränderungen)

#### **Erfassung der Grundlagen:**

- Biotoptypen incl. geschützte Biotope (immer);  
Untersuchungsraum: Anlagenstandort / Baufeld und nähere Umgebung bis ca. 250 Meter, ggf. größer bei entsprechenden Anhaltspunkten aus Immissionsgutachten
- Pflanzenarten der Roten Liste und geschützte Arten (immer);  
Untersuchungsraum: Anlagenstandort / Baufeld und nähere Umgebung bis ca. 100 Meter, ggf. größer bei entsprechenden Anhaltspunkten aus Immissionsgutachten
- Brutvögel: Arten der Roten Liste, EU-VSRL Anh. I und streng geschützte Arten genau, übrige Arten halbquantitativ in Größenklassen (immer);  
Anlagenstandort / Baufeld und nähere Umgebung bis ca. 250 Meter, ggf. größer bei entsprechenden Anhaltspunkten aus Immissionsgutachten oder anderen Quellen
- Zufallsfunde / Potenzialabschätzung zum Vorkommen weiterer vorkommender planungsrelevanter Arten / Artengruppen (immer)
- Weitere Artengruppen - insbesondere geschützte Arten - ggf. standortspezifisch: z.B. Fledermäuse, Reptilien, Amphibien, Tagfalter, Heuschrecken, Libellen

#### **Anmerkung:**

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im weiteren Planverfahren beachtet.  
Es bedarf keiner Entscheidung.

#### **Untere Abfallbehörde**

Die Abfallentsorgungs- und Gebührensatzung des Landkreises Gifhorn in der jeweils gültigen Fassung ist zu beachten.

#### **Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.

#### **Untere Boden- und Immissionsschutzbehörde**

Von den im Änderungsbereich geplanten Stallanlagen ist mit Geruchsimmissionen sowie Immissionen von Stickstoff, Ammoniak, Staub und Bioaerosolen zu rechnen.

Zur Beurteilung dieser Immissionen ist eine gutachterliche Beurteilung anhand von Ausbreitungsberechnungen erforderlich. Das gilt ebenso für Bioaerosole, die nach den derzeitigen Vorstellungen des Landes Niedersachsen (Gem. RdErl. d. MU, d. MS u. d. ML v. 22.03.2013 - 33-40501/207.01 -) zu ermitteln und ebenfalls anhand einer Ausbreitungsberechnung zu beurteilen sind.

Bei allen Berechnungen sind sowohl die Vorbelastung, die naturschutzrechtlichen Anforderungen als auch die Möglichkeit einer Transmission von luftgetragenen Stoffen in das angrenzende Bundesland Sachsen-Anhalt zu berücksichtigen.

Für den Änderungsbereich des F-Plans sind die zu erwartenden Immissionen zu berechnen und darzustellen. Dies wird erforderlich, da damit zu rechnen ist, dass vom Änderungsbereich erhebliche Emissionen ausgehen. Dies ist auf die verhältnismäßig große geplante Erhöhung des Masthähnchenbestandes zurückzuführen.

#### **Anmerkung:**

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im weiteren Planverfahren beachtet.  
Die geforderten Untersuchungen bzw. Nachweise sind auszuführen.

#### **20. LBEG – vom 12.08.2014**

Aus Sicht unseres Hauses bestehen unter Bezugnahme auf unsere Belange keine Bedenken.

#### **Anmerkung:**

Es bedarf keiner Entscheidung.



**Abschließende Anmerkung:**

Nach § 4 Abs. 1 BauGB wurden die Behörden und sonstigen TÖB von der Planungsabsicht der Stadt im Sinne des § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet und aufgefordert, sich zu dem erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad nach § 2 Abs. 4 BauGB zu äußern.

Wie aus der o.a. Zusammenstellung ersichtlich, wurden Hinweise gegeben, über die vor Weiterführung des Verfahrens entsprechende Entscheidungen herbeigeführt werden müssen. Dies trifft insbesondere auf die Stellungnahme des Landkreises (**Ortsplanung** – B-Plan erforderlich; **UNWB** - Anforderungskatalog; **UBIB** – Emissionen) und der **Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr** bezüglich der Fahrbahnbreite zu.

Die übrigen Hinweise müssen im Verfahrensablauf abgearbeitet werden.

**Aufgestellt: Gifhorn, den 31.08.2014**

**ArGoPlan**  
Dipl.-Ing.  
**Waldemar Goltz**  
Architekt  
Brahmsstraße 51  
38518 Gifhorn  
Telefon: (05371) 18 80 6  
Telefax: (05371) 18 80 5  
Mobil: 01716325396  
E-Mail: w.goltz@argoplan.de

